

# Geostrategisches Spielfeld

Seit mehr als fünf Jahren wird in Syrien ein brutaler Stellvertreterkrieg ausgetragen. Die Golfstaaten und ihre westlichen Verbündeten zielen auf eine Zerschlagung der Arabischen Republik. Ein Überblick

*Karin Leukefeld*

---

Der Krieg in Syrien befindet sich in seinem sechsten Jahr. Die Schlagzeilen werden gegenwärtig von Kämpfen in und um Aleppo bestimmt. Genauer gesagt von dem, was im Osten der Stadt und in ihrem östlichen Umland geschieht. Wenig erfährt man über die Akteure des Krieges, über deren Ziele und Hintermänner. Wie sieht es im Rest des Landes aus? Welche Folgen haben die Wirtschaftssanktionen, die die USA und die Europäische Union gegen Syrien verhängt haben? Wie leben die Syrer, und was tun sie, um der Gewalt in ihrem Land zu begegnen?

## Neue Ost-West-Konfrontation

Die Friedensgespräche in Genf stagnieren, politische Lösungen werden nicht erörtert. Auch über lokale Initiativen, über Waffenstillstände und die unermüdlichen Versuche örtlicher Versöhnungskomitees erfährt die Öffentlichkeit in Deutschland, in den USA und in den mit diesen verbündeten Staaten nichts. Dort wird ein Bild von Tod, Gewalt und Zerstörung vermittelt, in dem die andere Seite Syriens nicht vorkommt. Länder wie Russland, Iran, China oder die libanesische Partei und Miliz Hisbollah, die den souveränen Staat Syrien auf Bitte seines Präsidenten militärisch und wirtschaftlich unterstützen, werden als »Aggressoren« und »Kriegsverbrecher« angeprangert. Politiker aus den USA, Europa und den Golfstaaten, die ein Bündnis mit Namen »Freunde Syriens« geschlossen haben, lassen keine Gelegenheit aus, Russland die Verantwortung für die Lage im Osten von Aleppo anzulasten. Ihre sich nahezu wortgleich wiederholenden Angriffe haben längst die Vereinten Nationen erreicht, wo Russland kürzlich nicht wieder in den UN-Menschenrechtsrat gewählt wurde, weil es angeblich »Kriegsverbrechen« in Syrien begehe und unterstütze.

Die russische Regierung und Präsident Wladimir Putin werden in westlichen Medien zunehmend mit der syrischen Führung um Präsident Baschar Al-Assad gleichgesetzt. Ganz im Sinne der

neuen Ost-West-Konfrontation wird die öffentliche Meinung in Deutschland auf eine weitere Verlängerung und Ausweitung des Bundeswehr-Einsatzes eingestimmt, der »vorrangig im und über dem Operationsgebiet des IS in Syrien« erfolge.<sup>1</sup>

Offiziell wird der Einsatz der Bundeswehr mit der Unterstützung Frankreichs im »Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat« begründet, der auch Europa bedrohe. Weil der Westen keine eigenen Truppenverbände, sondern nur kleinere Spezialeinheiten in das Kriegsgeschehen schicken will, werden lokale Stämme, Parteien und Gruppen finanziert, aus- und aufgerüstet, um einerseits gegen den »Islamischen Staat« (IS) und andererseits gegen »Assad« zu kämpfen. Daran waren bisher einzelne NATO-Staaten (USA, Großbritannien, Frankreich, die Niederlande und Deutschland) beteiligt. Seit Ende Oktober dieses Jahres ist die NATO mit einem AWACS-Einsatz offiziell in den Krieg involviert. Der Fernsender *Al-Dschasira* aus Katar veröffentlichte auf seiner Webseite einen Meinungsbeitrag, in dem der palästinensische Journalist Daud Kuttab und sein syrischer, im Exil lebender Kollege Hasm Al-Masuni behaupten, dass »viele syrische Leben gerettet werden könnten, wenn die NATO ihre Luftaufklärung weitergeben würde«<sup>2</sup> – an die bewaffneten Gruppen der Opposition.

Nicht nur Syrien kritisiert die einseitige Berichterstattung und Meinungsmache, die zweifelsohne andere Berichte und Meinungen übertönt. Seit 2011 hat Syrien Hunderte Beschwerden beim UN-Sicherheitsrat eingereicht, in denen das grenzüberschreitende militärische Engagement von Nachbarländern auf syrischem Territorium gemeldet und eine Verurteilung als völkerrechtswidrige Intervention verlangt wird. Ohne Erfolg.

## Frontlinien

Die Situation im Norden Syriens, wo die Kämpfe erneut eskaliert sind, ist unübersichtlich, zumal einige Akteure mal Partner, mal Gegner zu sein scheinen. Die nordwestliche Provinz Idlib steht weitgehend unter Kontrolle von islamistischen Kampfgruppen, die sich mit dem Al-Qaida-Ableger Nusra-Front (im Sommer umbenannt in Dschabha Fatah Al-Scham, d. h. Levante-Eroberungsfront) verbündet haben und unter dem Dach der Dschaisch Al-Fatah (Armee der Eroberung) kämpfen. Die Freie Syrische Armee (FSA), die sich 2011 in der Türkei gegründet hatte und von der Allianz aus westlichen und Golfstaaten unterstützt wird, hat sich weitgehend aufgelöst. Einige FSA-Kämpfer haben die Waffen niedergelegt, andere haben sich in die Türkei oder nach Europa abgesetzt. Diejenigen, die weiterkämpfen, haben sich ebenfalls der Armee der Eroberung angeschlossen, die von Saudi-Arabien, Katar und der Türkei und ihren Partnern in Europa und den USA unterstützt wird. Nach wie vor ist das Ziel die Eroberung Aleppos. Von dort soll der Kampf gegen die syrische Führung in Damaskus fortgesetzt werden. Die Basis der Aufständischen in Aleppo ist im Osten der Stadt und im Umland, das von verschiedenen lokalen Gruppen und Stämmen kontrolliert wird. Geld und Waffenlieferungen haben die ursprünglich ungleichen Brüder zusammengepresst, Widerspruch wird nicht geduldet. Die dort lebende Zivilbevölkerung wird als Geisel genommen, heißt es auch bei den Vereinten Nationen.

Nordöstlich von Aleppo steht die türkische Armee, die ebenfalls in Syrien einmarschiert ist und ihren Einfluss mit Hilfe turkmenischer Kampfverbände ausbaut. Ziel der Türkei ist die Zerstörung

der kurdischen Selbstverwaltung. Die kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG und YPJ werden von der Türkei ebenso wie der IS als »Terroristen« eingestuft und bekämpft.

Das allerdings bringt die Türkei in Widerspruch zu den USA und deren europäischen Verbündeten Großbritannien, Frankreich und Deutschland, die in den gut organisierten kurdischen Volksverteidigungskräften ihre Bodentruppen für den Kampf gegen den IS und – perspektivisch – auch gegen die syrische Führung sehen. Unter dem Kommando des Pentagon agieren Spezialkräfte der obengenannten Staaten gemeinsam mit den kurdischen Einheiten, denen unter den von den USA aufgebauten Syrischen Demokratischen Kräften (SDF) eine Führungsrolle zugestanden wird. Allerdings sind die USA strikt gegen die Pläne der Kurden, den von der Türkei und dem IS kontrollierten Korridor zwischen den beiden östlichen Kantonen des Selbstverwaltungsgebiets Rojava und dem davon abgetrennten Kanton um die Kleinstadt Afrin im Nordwesten Aleppos einzunehmen.

Anfang November erklärte eine kurdische SDF-Sprecherin: »Das Generalkommando der Syrischen Demokratischen Kräfte kündigt den gesegneten Beginn seiner wichtigen Militärkampagne an, um die Stadt Rakka zu befreien.« Mit der »Operation zorniger Euphrat« (»Angry Euphrates«) solle »die Hauptstadt des internationalen Terrorismus isoliert und dann eingenommen werden«. Nahezu wortgleich begrüßte US-Verteidigungsminister Ashton Carter den bevorstehenden Angriff. Rakka »zu isolieren und schließlich zu befreien markiert den nächsten Schritt im Plan unserer vereinten Kampagne«, sagte er. Die »internationale Koalition wird weiterhin alles tun, um lokale Kräfte sowohl im Irak als auch in Syrien in die Lage zu versetzen, dem IS die endgültige Niederlage zuzufügen, die er verdient«. Mit »lokalen Kräften« in Syrien sind die verschiedenen religiösen und ethnischen Kampfgruppen und kurdische Einheiten gemeint. Eine Zusammenarbeit mit der syrischen Armee oder der in Syrien operierenden russischen Luftwaffe ist offiziellen Ankündigungen zufolge nicht vorgesehen.

Neben Aleppo ist zur Zeit vor allem die Stadt Hama umkämpft, wo der syrischen Armee und ihren Verbündeten ebenfalls die islamistische Armee der Eroberung gegenübersteht, ferner das Gebiet östlich von Palmyra, wo der IS der Hauptgegner ist. Die Kämpfe um Damaskus haben nachgelassen, da im Zuge von lokalen Waffenstillständen in Daraja, Muadamija und Kutsaja Kampfgruppen abgezogen worden sind oder die Waffen niedergelegt haben. In letzterem Fall wurden die Kämpfer in ein Amnestieprogramm integriert.

Eine weitere Front befindet sich auf dem syrischen Golan, wo islamistische Verbände unter Führung der Nusra-Front bei ihrem Kampf gegen die syrische Armee Rückendeckung von Israel erhalten. Israel dementiert zwar offiziell, in das Kampfgeschehen eingebunden zu sein. Aber mehr als 700 verletzte Nusra-Kämpfer wurden in israelischen Krankenhäusern behandelt. Wiederholte Luftangriffe, die immer und ausschließlich gegen syrische Armeestellungen gerichtet waren oder gezielt gegen Einheiten der Hisbollah, die mit der syrischen Armee verbündet ist, sprechen eine eigene Sprache.

An der Frontlinie in Deraa, der südlichen Provinz an der Grenze zu Jordanien, scheint sich die Lage entspannt zu haben. Die als »Südfront« bekannte Allianz verschiedener bewaffneter Gruppen wird seit 2013 von einer militärischen Kommandozentrale in Amman aus unterstützt, in

der CIA-Offiziere und Militärs aus den Golf- und vermutlich auch europäischen Staaten arbeiten. Doch aufgrund von Vereinbarungen zwischen Stämmen in Deraa und der syrischen Regierung haben sich die Reihen der Kämpfer gelichtet. Im Februar kamen 1.200 lokale Politiker und Persönlichkeiten zu einem ersten Versöhnungstreffen mit Vertretern der Regierung zusammen. Es folgten weitere Treffen in anderen Teilen der Provinz. Hunderte Kämpfer haben ihre Waffen niedergelegt und lokale Waffenstillstände geschlossen. Ein Sprecher der Südfront erklärte gegenüber dem Internetportal *Al-Monitor*, dass diejenigen, die an den Treffen teilnahmen und den lokalen Waffenstillständen zustimmten, »Agenten des Regimes« seien.

## Lokale Waffenstillstände

Seit Beginn der Unruhen in Syrien im Frühjahr 2011 waren syrische Vermittler und lokale Versöhnungskomitees aktiv, um Spannungen und Gewalt zu stoppen. Die Militarisierung des Konflikts und ausländische Einmischung haben diese Arbeit massiv erschwert und teilweise unmöglich gemacht. Viele Aktive haben ihr Engagement für ein Ende der Gewalt mit dem Leben bezahlt. Und dennoch haben seit der ersten von den USA und Russland vermittelten Waffenruhe Ende Februar 2016 Hunderte Gemeinden, Dorf- und Ortsverbände lokale Waffenstillstände abgeschlossen, die bisher weitgehend halten. Unterstützt werden die syrischen Komitees von Vermittlern des »Russischen Zentrums für die Versöhnung der verfeindeten Seiten in der Syrischen Arabischen Republik«, das seinen Sitz auf der russischen Luftwaffenbasis Hmeimim bei Latakia hat. Viele Kämpfer haben sich nur aufgrund dieser Vermittlung zum Waffenstillstand bereiterklärt, heißt es aus Kreisen der syrischen Opposition.

Am 6. November meldete das Zentrum in seinem täglichen Bulletin einen Anstieg lokaler Waffenstillstände auf 895. Verhandlungen mit »Feldkommandeuren bewaffneter Gruppen in Muadamija Al-Scham in der Provinz Damaskus-Land und Abteilungen der bewaffneten Opposition in den Provinzen Homs, Aleppo und Kuneitra« würden fortgesetzt. 69 bewaffnete Gruppen hielten sich demnach weiterhin an die Waffenstillstandsvereinbarung, die im September von den USA und Russland vereinbart worden war.<sup>3</sup>

Seit 2012 gibt es in der syrischen Regierung ein Ministerium für die Nationale Versöhnung, das vom Vorsitzenden der Syrischen Sozialnationalistischen Partei (SSNP), Ali Haidar, geleitet wird. Mehr als 10.000 Kämpfer haben nach seiner Auskunft ihre Waffen niedergelegt und konnten in das staatliche Amnestieprogramm integriert werden. Manche erklärten sich bereit, in der syrischen Armee zu kämpfen. Andere wurden in die Reihen der Nationalen Verteidigungskräfte (NDF) eingegliedert.

Von einer Versöhnung zu sprechen sei zu früh, sagt Minister Haidar. Die Waffenstillstände kämen aufgrund von Erschöpfung und sozialem Druck – oft der Familien von Kämpfern – zustande. Die Eingliederung von ehemaligen Kämpfern in die Armee oder in die NDF wird von der Bevölkerung allerdings mit gemischten Gefühlen verfolgt. Bisher fehlt eine verbindliche Struktur, um die Verbrechen, die während des Krieges verübt und bisher ungesühnt blieben, aufzuklären und mit ihnen umzugehen. Soll es Vergeltung geben, Haftstrafen, Wiedergutmachungszahlungen? Oppositionelle, die von Anfang an gegen den Griff zu den Waffen waren, haben dem Büro des UN-

Sondervermittlers für Syrien, Staffan de Mistura, zahlreiche Memoranden und Vorschläge dazu vorgelegt. Für die wirkliche Versöhnung brauche man Zeit, ein Ende des Krieges und ein Ende der internationalen Einmischung, sagt Brigadegeneral Osama Khaddur in Damaskus. Dann erst könne man internationale fachliche Hilfe für den Versöhnungsprozess sinnvoll nutzen.

## Wirtschaftssanktionen

Eine andere Art des Krieges gegen Syrien wird von den USA und der EU durch die verhängten Wirtschaftssanktionen geführt. US-Sanktionen gegen Syrien gibt es seit 1979, die EU verhängte erstmals im Herbst 2011 Strafmaßnahmen gegen syrische Einzelpersonen, Firmen und Banken, die sich nach EU-Darstellung an der »Unterdrückung der Bevölkerung« beteiligten.

Hilfsorganisationen, Institute, Oppositionelle und Wirtschaftsunternehmen haben die Sanktionen vielfach kritisiert. Dennoch wurden sie jährlich verlängert und weiter verschärft. Eine Erleichterung gab es im Mai 2013 – allerdings nur für die von der Opposition kontrollierten Gebiete: Der Verkauf geplünderten syrischen Öls und Getreides, von Diebesgut aus Fabriken und Ausgrabungsstätten, die sich in Gebieten unter Kontrolle bewaffneter Gruppen befanden, wurde ermöglicht.

Im Mai 2016 trafen sich die Vertreter der verantwortlichen EU-Staaten nicht einmal mehr zur Beratung in Brüssel, um die Wirtschaftssanktionen zu verlängern, sondern fällten den Entschluss am Telefon. Appelle der syrischen Regierung und von Kirchenvertretern aus Syrien, die Wirtschaftssanktionen zu beenden, verhallten in Europa ungehört. Selbst innerhalb der UN-Hilfsorganisationen gibt es massive Kritik, wie ein von der UNO in Auftrag gegebener Bericht im Mai 2016 feststellte. Bei den US- und EU-Sanktionen gegen Syrien handele es sich um eines »der kompliziertesten und weitreichendsten Sanktionsregime, die jemals verhängt wurden«, ist in dem 40 Seiten umfassenden Bericht zu lesen. Finanzielle Beschränkungen und Lizenzen, die auch für die Einfuhr von medizinischen Hilfsgütern und Ersatzteilen für die zivile Infrastruktur und Krankenhäuser gebraucht würden, schränkten die humanitäre Hilfe so sehr ein, dass jeder einzelne Syrer von den Folgen betroffen sei.<sup>4</sup>

Der stellvertretende syrische Außenminister Faisal Mekdad beschrieb im Gespräch mit der Autorin die »katastrophalen Auswirkungen« der EU-Sanktionen auf die syrische Bevölkerung. »Wenn wir Medizin und Medikamente kaufen wollen, müssen wir Geld bei der Bank hinterlegen. Sie akzeptieren das Geld nicht, sie akzeptieren keine Bankgeschäfte mit Syrien. Das gleiche gilt, wenn wir Getreide auf dem Weltmarkt einkaufen wollen. Selbst die Bankkonten einfacher Syrer im Libanon werden auf Druck der EU und der USA gekündigt. Alles, alles unterliegt diesen Sanktionen. Wenn Syrer aus gesundheitlichen Gründen nach Europa wollen, werden ihre Visumanträge im allgemeinen ignoriert. Sanktionen sind unmenschlich, sie töten unschuldige Kinder, und niemand in der Welt, kein Journalist spricht oder schreibt über die Tragödien, die von den Sanktionen verursacht werden.«

Würden die Wirtschaftssanktionen aufgehoben und die Waffenlieferungen und Geldzahlungen an die gegnerischen Kampfgruppen gestoppt, würden ausländische Kämpfer und Truppen nicht völkerrechtswidrig nach Syrien eindringen, würden alle Nachbarländer (Türkei, Irak, Jordanien,

Israel, Libanon) ihre Grenzen zu Syrien schützen, dann könnten die Syrer den Krieg in sechs bis zwölf Monaten beenden, meinen UNO-Experten und Militärbeobachter übereinstimmend.

Doch die anhaltende Aggression gegen Syrien zeigt, dass es den regionalen und internationalen Akteuren hinter den lokalen Beteiligten nicht um ein stabiles, friedliches Syrien geht. Die USA, die EU, die Türkei und die Golfstaaten verweigern den Syrern ihr vom UN-Sicherheitsrat in vielen Resolutionen bestätigtes Recht, ihr Land selber zu befrieden und wiederaufzubauen.

Militärberater, Ausbilder und Truppenkontingente forcieren auf dem Boden, in der Luft und zur See ein neokoloniales »Landgrabbing«, durch das die fruchtbarsten Gebiete Syriens (Euphrat-Tigris-Becken, die Euphrat-Ebene, die Golanhöhen) und seine Ölvorkommen entlang der Grenze zum Irak erobert und unter Kontrolle gebracht werden sollen. Auch der Zugriff auf die unter dem östlichen Mittelmeer liegenden Gasvorkommen soll gesichert werden. Syrien soll – wie der Irak – entlang religiöser und ethnischer Zugehörigkeiten zerbrochen und in einzelne »Interessenssphären« aufgeteilt werden.

## Mediale Propaganda

Vorbereitet und begleitet wird dieser »Koalitionsplan« (US-Verteidigungsminister Ashton Carter) von einer bestimmten Art der Medienberichterstattung, genannt »Agenda-Setting«. Medien bestimmen die Themen (z. B. Fassbomben, Kriegsverbrechen, Flugverbotszone) und lassen andere Themen aus (Angriffe der »Rebellen«, deren Ziele und Unterstützer, Waffenstillstände, Wirtschaftssanktionen). Durch permanente Wiederholungen unter Bezug auf mehrheitlich einseitige Quellen beeinflussen sie die öffentliche Wahrnehmung. Die Medien stellen den Konflikt in einen (von ihnen) bestimmten Kontext oder Rahmen (»Framing«), deuten und betten Ereignisse darin ein (andere werden weggelassen) und schaffen so Denkraster und Schubladendenken.

Die syrische Bevölkerung, die sich gegen die bewaffneten Gruppen wendet, täglich viele Opfer zu beklagen hat und Syrien als säkularen, souveränen Staat erhalten will, kommt in diesem »Setting« nicht vor. Personen, die sich entsprechend äußern, werden beschuldigt, einen Präsidenten zu unterstützen, der »sein Volk abschlachtet«. Unterstützer Syriens – Russland, Iran, Irak und die Hisbollah – werden in diesem Kontext als »Invasoren, Besatzer, Aggressoren und Kriegsverbrecher« dargestellt. Dass die Alliierten Syriens tatsächlich ihre eigenen nationalen Interessen verteidigen (müssen), indem sie Syrien verteidigen, steht außer Frage. Doch was hat sie dazu gebracht?

Das Ziel der »Eroberung Syriens« (so der Name verschiedener Kampfgruppen) ist nicht Demokratie und wirtschaftliche Teilhabe für die Bevölkerung. Ziel ist, Syrien aus seiner regionalen Verankerung herauszubrechen und aufzuteilen. Dabei soll mindestens ein sunnitisch-islamischer Pufferstaat entstehen – bisher ist es eben der »Islamische Staat«. Dafür bieten Saudi-Arabien, Katar, die anderen Golfstaaten und die Türkei gemeinsam mit ihren westlichen Verbündeten EU und USA und der NATO Geld, Kämpfer, Waffen und Informationen auf. Israel verbündet sich mit islamistischen Kampfgruppen auf dem Golan, den die Wegbereiter des Staates Israel, die zionistische Nationalbewegung, bereits auf der Pariser Friedenskonferenz 1919

gemäß der Parole »bis zum Berg Hermon und zum Litani-Fluss« (heute Libanon bzw. Syrien) beanspruchten.<sup>5</sup>

Im östlichen Mittelmeer, vor der Küste der Levante (Syrien, Libanon, Israel, Palästina), sind Kriegsschiffe im Auftrag der UNO stationiert. Hinzu kommen Kriegsschiffe der USA, Frankreichs, Großbritanniens, Deutschlands, der Türkei und Israels. Auch Russland hat einen Flottenverband vor der Küste Syriens stationiert. US-Flugzeugträger im Persischen Golf und im Roten Meer haben ihre »Cruise Missiles« auf Syrien gerichtet und abgefeuert. Russische Langstreckenraketen flogen über den Iran in das Land. Die Luftangriffe der »Anti-IS-Allianz« werden von der US-Basis im Golfemirat Katar (Al-Udeid) koordiniert und freigegeben. Weitere Angriffe werden von der NATO-Basis Incirlik (Türkei), von Jordanien und den britischen Luftwaffenbasen auf Zypern (Akrotiri and Dekelia) aus geflogen. Der massive Militäraufmarsch in und um Syrien zeigt, dass das Territorium des Landes und seine Souveränität unter Angriff stehen. Es geht nicht um Demokratie und Menschenrechte in Syrien, es geht um geostrategische Macht.

### Anmerkungen:

1 [https://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/BundeswehrEinsatz/\\_node.html?id=GlossarEntry1671812](https://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/BundeswehrEinsatz/_node.html?id=GlossarEntry1671812)

*Al-Dschasira*, 24.10.2016, How NATO can help Syrian civilians:

<http://www.aljazeera.com/indepth/opinion/2016/10/nato-syrian-civilians-161023085223992.html>

3 Verteidigungsministerium Russische Föderation:

[http://syria.mil.ru/en/index/syria/reconciliation\\_bulletin.htm](http://syria.mil.ru/en/index/syria/reconciliation_bulletin.htm)

4 <https://theintercept.com/document/2016/09/28/humanitarian-impact-of-syria-related-unilateral-restrictive-measures/>

5 Stellungnahme der Zionistischen Weltorganisation zur Palästina-Frage vom 3.2.1919:

<http://www.jewishvirtuallibrary.org/jsource/History/zoparis.html>

Karin Leukefeld schrieb an dieser Stelle zuletzt am 5.2.2016 über Versöhnungsgespräche in Syrien

Veranstaltungshinweis: Buchpremiere »Warum Syrien?«. Mit den Autoren Ralf Rudolph und Uwe Markus, Moderation: Michael Mäde (*jW*), Dienstag, 15.11.2016, 19 Uhr, *jW*-Ladengalerie, Torstraße 6, 10119 Berlin, Eintritt: 5,00 €/erm. 3,00 €

---

<http://www.jungewelt.de/2016/11-11/054.php>